



## MORNING NEWS 30. September 2025

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	23.745,06	5,59	0,02	23.739,47	DJ 30	46.316,07	68,78	0,15	46.247,29
MDAX	30.117,57	130,72	0,44	29.986,85	NASDAQ	24.611,35	107,50	0,44	24.503,85
TEC DAX	3.616,14	32,46	0,91	3.583,68	Nikkei 225	45.075,10	31,35	0,07	45.043,75
Euro Stoxx50	5.506,85	7,15	0,13	5.499,70	Hang Seng	26.596,90	-25,98	-0,10	26.622,88
Bund Future	128,65	0,05	0,04	128,60	Euro / US-\$	1,1725	-0,00	-0,02	1,1727
Gold in US-\$	3.863,71	30,17	0,79	3.833,55	Öl (Brent) US-\$	67,53	-0,44	-0,65	67,97
Bitcoin / US-\$	114.225,39	-97,25	-0,09	114.322,64	Ethereum / US-\$	4.195,71	-32,93	-0,78	4.228,64

### Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	23.761	+16
NASDAQ Future	24.825,00	-12,75

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	225,02	-0,53	-0,00	225,55	263,82	1.150.973,00
Nokia OJ	4,01	0,03	0,01	3,98	4,70	35.748.637,00

### Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		
Europäische Unternehmen		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

### Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	Importpreise (m/m)	August	08:00	-0,2% (-0,4%)
D	Importpreise (y/y)	August	08:00	-1,4% (-1,4%)
D	Einzelhandelsumsatz (m/m)	August	08:00	0,6% (-0,9%)
D	Einzelhandelsumsatz (y/y), nsb	August	08:00	2,3% (3,0%)
D	Arbeitslose (Änderung)	September	09:55	8.000 (-9.000)
D	VPI (m/m), vorab	September	14:00	0,2% (0,1%)
D	VPI (y/y), vorab	September	14:00	2,3% (2,2%)
D	VPI – EU harmonisiert (m/m), vorab	September	14:00	0,1% (0,1%)
D	VPI – EU harmonisiert (y/y), vorab	September	14:00	2,2% (2,1%)
USA	FHFA Hauspreisindex (m/m)	Juli	15:00	-0,1% (-0,2%)
USA	Case Shiller Hauspreisindex (m/m)	Juli	15:00	-0,20% (-0,25%)
USA	Case Shiller Hauspreisindex (y/y) NSA	Juli	15:00	1,91% (2,14%)
USA	Einkaufsmanagerindex Chicago	September	15:45	43,3 (41,5)
USA	Verbrauchervertrauen	September	16:00	96,0 (97,4)

Quelle: Bloomberg

### Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,31 (1,18)	10-jährige Bonds	+0,344	4,14%
Volumen NASDAQ	8,99 (8,47)	30-jährige Bonds	+0,875	4,71%

(/)=Vortag



Die **Hoffnung der Anleger** auf eine **Einigung im US-Haushaltsstreit** hat die Wall Street zum Wochenstart gestützt. Der US-Standardwerteindex Dow Jones gewann am Montag 0,2 Prozent auf 46.316 Punkte. Der technologielastrige Nasdaq rückte 0,5 Prozent auf 22.591 Zähler vor und der breit gefasste S&P 500 legte 0,3 Prozent auf 6661 Stellen zu.

Für Zuversicht sorgte unter anderem die Ankündigung eines Treffens von US-Präsident Donald Trump mit führenden Demokraten und Republikanern, um den Streit über die Staatsfinanzierung zu lösen und einen teilweisen Stillstand der US-Verwaltung abzuwenden. Dieser sogenannte Government Shutdown könnte etwa die Veröffentlichung wichtiger Konjunkturdaten verzögern. "Sollte die US-Statistikbehörde keine Beschäftigungs- oder Inflationsdaten veröffentlichen können, droht sich auch eine Zinssenkung im Oktober zu verzögern", warnte Thomas Simons, Chefökonom bei der US-Investmentbank Jefferies.

Trumps Regierung hat zudem damit gedroht, Mitarbeiter einiger US-Behörden dauerhaft zu entlassen, falls die Finanzierung ausläuft - ein Schritt, der im Oktober zu einem Anstieg der Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe führen könnte. "Wir bewegen uns hier in gewisser Weise in unbekanntem Terrain, daher ist es noch zu früh, um die letztlichen Auswirkungen abzuschätzen", sagte Simons.

Die **wieder aufgeflamte Hoffnung** auf **weitere Zinssenkungen** in den USA bescherte **Gold** einen neuen Rekord. Der Preis für das Edelmetall stieg in der Spitze um fast zwei Prozent auf den Höchststand von 3833 Dollar je Feinunze. Der moderate Anstieg der US-Konsumausgaben im August "hat den Märkten Anlass zu der Annahme gegeben, dass im Oktober und Dezember weitere Zinssenkungen der US-Notenbank Fed folgen werden", sagte Kyle Rodda vom Analysehaus Capital.com. Laut CME FedWatch preisen Händler derzeit eine 90-prozentige Wahrscheinlichkeit für eine Zinssenkung der Fed im Oktober ein. Die Wahrscheinlichkeit eines weiteren Schritts nach unten im Dezember wird auf rund 65 Prozent geschätzt.

Für Gesprächsstoff bei den Einzelwerten sorgte unter anderem **MoonLake**. Die US-notierten Aktien des Schweizer Biotechunternehmens brachen nach enttäuschenden Ergebnissen einer Medikamentenstudie um 90 Prozent ein. In einer der Studien erschwerte eine überraschend starke Placebo-Wirkung den Nachweis der statistischen Signifikanz, wie MoonLake mitteilte. Die Experten der Royal Bank of Canada schrieben, die Zahlen "entsprechen dem Worst-Case-Szenario".

Um knapp 36 Prozent nach oben schnellten die US-Aktien der niederländischen Biotechfirma **Merus**. Der dänische Rivale Genmab übernimmt das Utrechter Unternehmen für acht Milliarden Dollar in bar. Mit dem Zukauf sicherte sich Genmab den Zugang zu dem Krebsmedikament Petosemtamab, teilten beide Unternehmen mit. Das Mittel zur Behandlung von Kopf- und Halstumoren befindet sich derzeit in zwei Phase-3-Studien.

Gefragt waren auch die Aktien der Anbieter von Cannabis-Produkten. Die Titel von **Tilray Brands, Canopy Growth, Aurora Cannabis** und **Cronos** legten zwischen 13 und 60 Prozent zu. Das aus Hanf gewonnene Cannabidiol (CBD) könne die Seniorenpflege "revolutionieren", indem es das Fortschreiten von Krankheiten verlangsamt, schrieb Trump am Sonntag auf seiner Social-Media-Plattform Truth Social.

Der nach einer Insolvenz sanierte US-Chiphersteller **Wolfspeed** feierte eine spektakuläre Rückkehr an die Börse. Die Aktie schloss 1726 Prozent fester mit 22,10 Dollar. Zuvor hatte die New Yorker Börse mitgeteilt, dass die alten Aktien des Unternehmens nach Abschluss des Insolvenzverfahrens vom Handel genommen werden. Anleger erhalten im Gegenzug neue Papiere des sanierten Konzerns, die die weitere Börsennotierung sichern. Von ihren Höchstständen ist die Aktie dennoch weit entfernt. Vor drei Jahren hatte sie noch mehr als 120 Dollar gekostet.

## US Unternehmen

Google-Mutter **Alphabet** hat sich mit **US-Präsident** Donald Trump auf die **Beilegung einer Klage** wegen der Sperrung seines YouTube-Kontos geeinigt und zahlt dafür 24,5 Millionen Dollar. Dies ging am Montag aus Gerichtsunterlagen hervor. Damit ist Google das letzte der drei großen Technologieunternehmen, das von Trump im Juli 2021 angestregte

Klagen wegen der angeblich unrechtmäßigen Unterdrückung konservativer Standpunkte beilegt. Trump hatte sein Konto bei dem Videodienst nach dem Angriff seiner Anhänger auf das Kapitol im Januar 2021 nicht mehr für neue Videos nutzen können. Das Konto wurde 2023 wieder freigeschaltet (Reuters).

## Marktmeldungen

**Bundeskanzler** Friedrich Merz (CDU) hat sich zu der Frage geäußert, wie hoch er die **Kriegsgefahr für Deutschland** einschätzt. "Ich will's mal mit einem Satz sagen, der vielleicht auf den ersten Blick ein bisschen schockierend ist, aber ich mein ihn genau, wie ich ihn sage: Wir sind nicht im Krieg, aber wir sind auch nicht mehr im Frieden", sagte er beim "Ständehaus-Treff" der "Rheinischen Post" in Düsseldorf. Man lebe in einer Zeit grundlegender Verschiebungen: Die regelbasierte Weltordnung werde durch pure Machtpolitik abgelöst. Das gehe einher mit dem Einsatz militärischer Mittel. "Wir sind in einer völlig anderen Welt", folgerte Merz (dpa/AFX).

**US-Vizepräsident** JD Vance rechnet mit einem teilweisen Stillstand der Regierungsbehörden in den USA. "Ich denke, wir steuern auf einen **"Shutdown"** zu", sagte Vance nach einem ergebnislosen Treffen von Präsident Donald Trump mit Vertretern der oppositionellen Demokraten im Weißen Haus. Beide Seiten gaben sich nach dem Gespräch gegenseitig die Schuld für den Fall, dass der Kongress die **Finanzierung der Regierungsbehörden** nicht über die Frist am Dienstag um Mitternacht Ortszeit (Mittwoch 06.00 Uhr MESZ) hinaus verlängert. Die Demokraten wollen eine Verlängerung der Finanzierung an den Verbleib auslaufender Gesundheitsleistungen knüpfen. Trumps Republikaner bestehen jedoch darauf, das Thema getrennt zu behandeln. Der Anführer der Demokraten im Senat, Chuck Schumer, sagte, beide Seiten hätten nach wie vor "sehr große Differenzen" (Reuters).

Die **USA** stellen ihren **Plan für den Gazastreifen** vor. Innerhalb von 72 Stunden nach der israelischen Zustimmung sollen alle Geiseln freikommen, im Gegenzug lässt Israel Hunderte Gefangene frei und zieht seine Armee schrittweise zurück. Gaza wird zu einer entmilitarisierten, terrorfreien Zone, die Hamas verzichtet auf jede Rolle in der Verwaltung, ihre Mitglieder können Amnestie oder Ausreise erhalten. Eine internationale Stabilisierungstruppe und umfassende Hilfslieferungen sollen sofort beginnen, zusätzlich entsteht eine Sonderwirtschaftszone. Der Gazastreifen wird vorübergehend von einem technokratischen Komitee verwaltet, bis die Palästinenser-Regierung Reformen abgeschlossen hat. Sollten beiden Seiten dem Vorschlag zustimmen, soll der Krieg sofort enden (Reuters).

**US-Präsident** Donald Trump will im zerstörten **Gazastreifen** "moderne Wunderstädte" aufbauen und damit die Küstenregion stärken. Es solle ein **Plan zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum Wiederaufbau** ausgearbeitet werden, hieß es in dem von den USA vorgelegten Plan zur Beendigung des Gaza-Krieges mit der islamistischen Palästinenserorganisation Hamas. Zahlreiche internationale Gruppen hätten bereits Investitionsvorschläge und Entwicklungsideen erarbeitet. Mit der Initiative, die seinen Namen trägt, will Trump nach eigenen Angaben in der Region für Sicherheit sorgen und Arbeitsplätze schaffen. Der Punkt ist einer von 20 Vorschlägen des US-Plans, den Israel akzeptierte (dpa/AFX).

**Israels Ministerpräsident** Benjamin Netanjahu erklärt seine **Unterstützung für den Gaza-Plan** von **US-Präsident** Donald Trump. Der Plan werde sicherstellen, dass von dem Gebiet nie wieder eine Bedrohung für Israel ausgehe, sagt Netanjahu in Washington bei der gemeinsamen Pressekonferenz. Der Gazastreifen werde demilitarisiert und eine zivile Regierung eingesetzt. Zudem werde die Hamas entwaffnet. Netanjahu nennt den Plan einen zentralen Schritt, um den Krieg zu beenden und den Weg zum Frieden zu bereiten. Wenn die Hamas ihn ablehne, werde Israel die Sache selbst zu Ende bringen (Reuters).

Ein **Hamas-Vertreter** sagt der Nachrichtenagentur *Reuters*, das Verhandlungsteam der Hamas habe den Vermittlern gesagt, dass sie den **Friedensplan** "in gutem Glauben" prüfen würden und dann eine Antwort geben werden. Der katarische Ministerpräsident und der ägyptische Geheimdienstchef hätten der Hamas den 20-Punkte-Plan vorgestellt.



Der **israelische Oppositionspolitiker** Benny Gantz unterstützt den **Vorschlag zur Beendigung des Kriegs im Gazastreifen**. Der Plan sei eine Gelegenheit, die Geiseln zu befreien und die Sicherheit Israels zu gewährleisten, schreibt Gantz auf der Plattform X. Dort äußert sich auch Oppositionsführer Jair Lapid positiv (Reuters).

**Außenminister** Johann Wadephul begrüßt den **Friedensplan**. Dieser biete die einmalige Chance, den Krieg zu beenden, teilt Wadephul mit. "Er bietet Hoffnung für Hunderttausende, die in **Gaza** leiden - unter erbitterten Kämpfen, unter grausamer Geiselhaft und unter unvorstellbarer humanitärer Not." Es gebe Hoffnung für Israelis und Palästinenser, dass der Krieg bald vorbei sein könnte. "Diese Chance darf nicht vertan werden (Reuters).

Der **britische Premierminister** Keir Starmer begrüßt US-Präsident Donald Trumps **Plan für ein Ende des Kriegs im Gazastreifen**. "Wir rufen alle Seiten auf, zusammenzukommen und mit der US-Regierung zusammenzuarbeiten, um diese Vereinbarung zum Abschluss zu bringen und umzusetzen", teilt Starmer mit. Die Hamas solle dem Plan nun zustimmen und das Elend beenden, indem sie die Waffen niederlege und alle verbliebenen Geiseln freilasse (Reuters).

**US-Präsident** Donald Trump hält einen Beitritt des **Iran zum Abraham-Abkommen** für möglich. "Wer weiß, vielleicht tritt sogar der Iran bei", sagt Trump bei einer Pressekonferenz im Weißen Haus an der Seite des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu. Er glaube, der Iran werde dafür offen sein. Das Abraham-Abkommen wurde während Trumps erster Amtszeit unterzeichnet und normalisierte die diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und vier mehrheitlich muslimischen Staaten (Reuters).

Bei Gegenangriffen hat die **ukrainische Armee** bei Dobropillja in der Ostukraine nach Angaben von Präsident Wolodymyr Selenskyj mehr als 170 Quadratkilometer **Territorium zurückerobert**. "Zu Beginn des heutigen Tages gelang es unseren Kräften, mehr als 174 Quadratkilometer zu befreien und über 194 Quadratkilometer wurden von russischen Saboteuren gesäubert", sagte der Staatschef in seiner abendlichen Videobotschaft. Dabei sollen die russischen Truppen mehr als 3.200 Soldaten verloren haben. Ohne Details zu nennen, sprach Selenskyj jedoch von schwierigen Situationen an den Frontabschnitten Kupjansk, im Grenzgebiet der Region Charkiw und den Landkreisen an der Grenze zwischen den Gebieten Donezk und Dnipropetrowsk (dpa/AFX).

**US-Präsident** Donald Trump verhängt **neue Zölle** auf die Einfuhr von **Holz und Holzprodukten**. Laut einer Mitteilung des Weißen Hauses soll auf Schnittholz ein Zollsatz von zehn Prozent erhoben werden, auf Waschtische, Küchenschränke und gepolsterte Holzmöbel 25 Prozent. Die Zölle sollen demnach ab dem 14. Oktober gelten. Zum 1. Januar sollen die Sätze für Länder ohne Handelsabkommen mit den USA auf 30 Prozent für gepolsterte Holzmöbel und auf 50 Prozent für Küchenschränke und Waschtische steigen. Für Holzprodukte aus der **EU** und **Japan** solle der Zollsatz jedoch nicht mehr als 15 Prozent betragen, hieß es weiter (Reuters).

Die **chinesische Industrieproduktion** ist im September den sechsten Monat in Folge geschrumpft und deutet damit auf einen weiteren Bedarf an staatlicher Unterstützung. Der **offizielle Einkaufsmanagerindex** (PMI) stieg zwar auf 49,8 Punkte von 49,4 Zählern im August, wie das nationale Statistikamt mitteilte. Er blieb damit jedoch unter der Marke von 50, ab der Wachstum signalisiert wird. Analysten hatten mit einem etwas schwächeren Wert von 49,6 gerechnet. Auch im **Dienstleistungssektor** ließ die Dynamik nach. Hier gab der Index auf 50,0 von 50,3 Punkten nach. Die Daten deuten darauf hin, dass die Hersteller auf weitere Konjunkturimpulse zur Stärkung der Binnennachfrage sowie auf Klarheit im Handelsstreit mit den USA warten. Eine am Dienstag ebenfalls veröffentlichte private Wirtschaftsumfrage ist leicht optimistischer: Der von S&P Global ermittelte **RatingDog-Einkaufsmanagerindex** (PMI) für den **Dienstleistungssektor** in China fiel auf 52,9 Punkte von 53,0 Zählern im August. Damit hielt er sich über der Marke von 50 Punkten, ab der Wachstum signalisiert wird. Der Index von RatingDog gilt als zuverlässigerer Indikator für die Geschäftstätigkeit kleinerer, exportorientierter Dienstleister an der chinesischen Ostküste. Der offizielle Einkaufsmanagerindex bildet hingegen vor allem die Entwicklung bei großen und mittelgroßen Unternehmen ab, darunter auch Staatskonzerne (Reuters).

Die **japanische Wirtschaft** hat im August einen Dämpfer erhalten. Die **Industrieproduktion** sank im Vergleich zum Vormonat um 1,2 Prozent, wie aus Regierungsdaten hervorgeht. Analysten hatten lediglich mit einem Rückgang von 0,8 Prozent gerechnet. Zudem gingen die **Einzelhandelsumsätze** überraschend um 1,1 Prozent im Jahresvergleich zurück.



Ökonomen hatten einen Anstieg von einem Prozent erwartet. Vom Wirtschaftsministerium befragte Hersteller rechnen den Umfragedaten zufolge jedoch für September mit einem Anstieg der Industrieproduktion um 4,1 Prozent und für Oktober mit einem Zuwachs von 1,2 Prozent (Reuters).

## Banken

Im Streit um **künftig strengere Kapitalanforderungen** sind die **Schweiz** und die Großbank **UBS** Insidern zufolge hinter den Kulissen kompromissbereit. Dies könnte den Weg für eine Lösung im Parlament ebnen, die sowohl für die Regierung als auch für die Bank annehmbar wäre, sagten mehrere mit der Situation vertraute Personen der Nachrichtenagentur *Reuters*. In regierungsnahen Kreisen hieß es, Bern könnte womöglich Regeln akzeptieren, die die zusätzliche Kapitalbelastung auf etwa 15 Milliarden Dollar senken würden. Dies sei ein Betrag, den die UBS stemmen könne, erklärten zwei mit den Überlegungen der Bank vertraute Personen.

## Öl & Gas

Der arabische Ölkonzern **Adnoc** zeigt sich zuversichtlich für die laufende EU-Prüfung der Übernahme des Kunststoffhersteller **Covestro**. "Wir sind ein strategischer, langfristiger Investor. Deswegen bin ich eigentlich sehr optimistisch", sagte Klaus Fröhlich, Group Chief Investment Officer von Adnoc, dem *Handelsblatt*. Er unterstrich aber zugleich, dass Adnoc nicht jede Forderung der EU akzeptieren würde. "Es muss eine Balance geben zwischen berechtigten Auflagen und überzogenen Forderungen. Und natürlich gibt es auch für uns eine Grenze", sagte Fröhlich. Die EU fürchtet, dass der Kauf von Covestro durch ein Staatsunternehmen außerhalb der EU den Wettbewerb in Europa verzerren könnte (*Handelsblatt*).



STEU BING AG  
WERTPAPIERHANDELSBANK



## FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

[privatemarkets.faros-consulting.de](http://privatemarkets.faros-consulting.de)

### Kontakt

Wolfgang Steubing AG  
Wertpapierdienstleister  
Goethestraße 29  
60313 Frankfurt a. M.  
T +49 69 29716 0  
F +49 69 29716 111  
[info@steubing.com](mailto:info@steubing.com)  
[www.steubing.com](http://www.steubing.com)

### Morning News

Alexander Dietzer  
T +49 69 29716 149  
[alexander.dietzer@steubing.com](mailto:alexander.dietzer@steubing.com)

### Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn  
T +49 69 29716 131  
[michael.heidn@steubing.com](mailto:michael.heidn@steubing.com)

Wolfgang Schroth  
T +49 69 29716 144  
[wolfgang.schroth@steubing.com](mailto:wolfgang.schroth@steubing.com)

### Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2025 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

### Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)  
Graurheindorferstraße 108  
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28  
D-60439 Frankfurt

